

Erbprinz: «Finanzierung der Kinderbetreuung ist Sache der Eltern und der Unternehmen»

Interview Auch Erbprinz Alois war überrascht, mit welcher Deutlichkeit die Initiative «Familie und Beruf» am letzten Wochenende bachab geschickt wurde. Im «Volksblatt»-Interview sucht er nach Gründen und spricht sich dafür aus, dass sich nun eine Arbeitsgruppe des Themas «Familie und Beruf» annimmt.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt»: Durchlaucht, haben Sie mit einem so deutlichen Abstimmungsergebnis gerechnet?

Erbprinz Alois: Nein. Ich habe zwar mit einer Ablehnung gerechnet, aber nicht mit einer so deutlichen.

Wo sehen Sie die Gründe für die Ablehnung?

Es gibt sicherlich mehrere Gründe für die Ablehnung. Mitentscheidend dürfte das Argument gewesen sein, dass die Initiative nur die Finanzierung von Kindertagesstätten berücksichtigt und nicht andere Formen der Kinderbetreuung inklusive der Eigenbetreuung durch die Eltern. Ausserdem haben einige nicht ganz durchdachten Bestimmungen wie jene zu den Mutterschaftstaggeldern dazu geführt, dass selbst jene Parteien, die sich für die Initiative ausgesprochen haben, diese eher lauwarm unterstützt haben.

Sie haben in Ihrer Ansprache zum Staatsfeiertag appelliert, sich dem Thema «Vereinbarkeit von Familie und Beruf» stärker anzunehmen. Und dafür plädiert, dass bei einem Nein zur Initiative sofort ein Alternativvorschlag ausgearbeitet werden soll. Wie könnte dieser aussehen?

Meiner Ansicht nach ist die Finanzierung der Kinderbetreuung primär eine Aufgabe der Eltern und der Unternehmen. Der Staat sollte nur dann subsidiär unterstützend eingreifen, wenn sich Familien diese nicht leisten können. So kann auch am besten eine Gleichbehandlung der verschiedenen Betreuungsmodelle inklusive der Eigenbetreuung durch die Eltern sichergestellt werden. Wir sollten in einem nächsten Schritt darüber nachdenken, wie wir die Mittel der Familienausgleichskasse, des Landes und der Gemeinden diesem Ansatz entsprechend besser einsetzen können. Dazu wäre es sinnvoll, eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Unternehmen, des Landes, der Gemeinden sowie mit Fachleuten einzusetzen.

Die FDP hat bereits einen neuen Vorschlag in die Waagschale geworfen - ihr Vorschlag wäre es, das Kinder-



Erbprinz Alois, geschäftsführendes Staatsoberhaupt: «Ich könnte mir aber vorstellen, dass durch einen anderen Einsatz der Mittel der Familienausgleichskasse zumindest der Bezug des unbezahlten Elternurlaubs finanziell so unterstützt werden könnte.» (Foto: Michael Zanghellini)

geld anzuheben und die Möglichkeit zu bieten, es gestaffelt zu beziehen. Wäre das ein gangbarer Weg?

Dies ist ein interessanter Vorschlag eines leicht geänderten Einsatzes der Mittel der Familienausgleichskasse. Ich würde aber zumindest mittelfristig ganz generell umfassend prüfen, wie wir die verschiedenen Finanzmittel im soeben erwähnten Sinne besser einsetzen können. Dazu wird man wahrscheinlich etwas mehr Zeit brauchen. Wir benötigen jedoch eine rasche Lösung für den rechtlich kaum mehr länger haltbaren Stopp von Subventionen an Kindertagesstätten.»

«Wir brauchen eine rasche Lösung für den rechtlich kaum mehr länger haltbaren Stopp von Subventionen an Kindertagesstätten.»

re es vielleicht sinnvoll, den Finanzierungsvorschlag der FDP zwar rasch einzuführen, aber ähnlich wie vor einiger Zeit bei der Finanzierung der AHV mit einer Ablauffrist auszustatten, bis zu der eine grundlegende Neuregelung ausgearbeitet werden muss.

Ein Kritikpunkt wird auch dort sein, dass damit das Kindergeld ins Ausland exportiert wird. Ist das überhaupt finanzierbar?

Wenn Sie unter Kindergeld die Kinderzulagen verstehen, so werden diese auch heute schon ins Ausland exportiert. Die Kinderzulagen werden aus den Mitteln der Familienausgleichskasse finanziert, in die auch die Lohnnebenkosten der Grenzgänger fliessen. Daher ist es für mich durchaus verständlich, wenn zumindest ein Teil der Mittel der Familienausgleichskasse auch an die Grenzgänger geht.

Sie haben sich dafür ausgesprochen, dass man Eltern die Möglichkeit geben soll, ihre Kinder im ersten Jahr selber zu betreuen. Und dies, ohne dass diese ihre Stelle aufgeben oder berufliche Nachteile in Kauf nehmen müssen. In Liechtenstein gilt ein Mutterschaftsurlaub von 20 Wochen. 16 Wochen sind nach der Geburt. Dazu könnte man noch vier Monate unbezahlten Elternurlaub nehmen, damit ist eine Mutter aber erst acht Monate zu Hause und nicht ein Jahr. Erschwerend kommt hinzu,

dass ein Arbeitgeber nicht verpflichtet ist, der Frau dann eine Teilzeitstelle anzubieten, sie müsste also nach acht Monaten zu 100 Prozent in den Job zurück, wenn sie diesen fix behalten will. Jeder, der ein Baby grossgezogen hat, weiss, wie schwierig das ist. Müsste es da eine grosszügigere Regelung geben?

Aus Sicht des Kindeswohls wäre eine grosszügigere Regelung natürlich wünschenswert, weil nach neueren wissenschaftlichen Erkenntnissen besonders im ersten Lebensjahr des Kindes die elterliche Betreuung des Kindes im Normalfall einer noch so guten Fremdbetreuung vorzuziehen ist. Ausserdem wäre dies auch der Wunsch vieler Eltern. Wir können aber bisher unentgeltliche Tätigkeiten in Zukunft nur beschränkt staatlich entschädigen, ohne die Steuern oder Lohnnebenkosten erheblich zu erhöhen, was sehr negative Auswirkungen auf unsere

«Für mich ist es durchaus verständlich, wenn zumindest ein Teil der Mittel aus der Familienausgleichskasse an die Grenzgänger geht.»

Wirtschaft und damit letztlich auch auf die Finanzierbarkeit unseres Sozialwesens hätte. Zudem wäre es auch für die Unternehmen eine Belastung, wenn rigide staatliche Vorschriften bezüglich eines zwingenden Angebots an Teilzeitstellen oder einer Rückkehrgarantie für den Arbeitsplatz gesetzlich festgelegt würden. Ich könnte mir aber vorstellen, dass durch einen anderen Einsatz der Mittel der Familienausgleichskasse zumindest der Bezug des unbezahlten Elternurlaubs finanziell so unterstützt werden könnte, dass die Mütter wenigstens während eines möglichst grossen Teils des ersten Lebensjahrs das Kleinkind gut selbst betreuen könnten. Neben der Neuregelung der Finanzierung der Kinderbetreuung sollte die Arbeitsgruppe meiner Meinung nach ausserdem prüfen, wie Arbeitsplätze für Eltern attraktiver gemacht werden können. Was könnte z.B. getan werden, dass Eltern nach der Geburt eines Kindes ohne Nachteile für die Karriere Elternurlaub und Teilzeitarbeit in Anspruch nehmen oder ihre Arbeitszeit möglichst selbst steuern können?

Auch wenn Kinder bereits zur Schule gehen, bleibt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Problem. Die Blockzeiten an den Schulen sind kurz, teilweise haben Kinder an unterschiedlichen Nachmittagen frei. Sie haben sich im Staatsfeiertagsinterview dafür ausgesprochen, dies stärker zu vereinheitlichen. Das würde dann in Richtung Tagesschulen gehen. Wie stellen Sie sich das konkret vor und wer sollte das bezahlen? Meiner Meinung nach müssen dafür nicht gleich flächendeckend Tagesschulen eingeführt werden. Wir haben manchmal die Tendenz, gleich nach der professionellsten und teuersten Variante zu greifen, anstelle innovativ nach kostengünstigeren Lösungen zu suchen,

die insbesondere auf mehr Freiwilligenarbeit aufbauen. Ich könnte mir z. B. vorstellen, dass sich durchaus Freiwillige finden lassen, die Mittagstische und Hausaufgabenhilfen übernehmen. Auch könnte man vielleicht die Schulzeiten besser mit den Angeboten der Musikschule und der Vereine koordinieren.